

Aus: Sozialismus 4/2009, S.8ff

Uli Cremer: Der Geburtstags-Gipfel. 60 Jahre NATO – kein Grund zum Feiern!

Im April 2009 wird die NATO 60 Jahre alt. Die entsprechenden Feierlichkeiten werden gemeinsam von der deutschen und französischen Regierung ausgerichtet. Es sind Beschlüsse zu erwarten, die den Militärpakt noch stärker machen sollen. Neuerdings wird die NATO als „indispensable“, also unverzichtbare Organisation bezeichnet, in Anklang an das US-Selbstverständnis als „indispensable nation“. Die internationale Friedensbewegung hält die NATO andererseits für sehr verzichtbar und reagiert auf den NATO-Jubiläumsgipfel mit Protesten, um zumindest ein wenig aktive Sterbehilfe für die NATO zu leisten.

Die alte NATO und die Neue NATO

Ein Rückblick auf die 60 Jahre NATO-Geschichte zeigt, dass die NATO sich nach dem Kalten fundamental gewandelt hat. Während des Kalten Krieges war die NATO der Militärpakt des Westens gegen den Osten, erst gegen die Sowjetunion, seit 1955 gegen den Warschauer Pakt. Die Alte NATO – das war Rüstungswettlauf, Totrüstungen, Vorwärtsverteidigung, Atomraketen und Atomkriegspläne. Die alte NATO bestand gerade einmal aus 16 Ländern.

Die Neue NATO, die nach 1991 formiert wurde, ist dagegen der Militärpakt des Nordens gegen den Süden. Sie hat ihre regionale Beschränkung auf Europa aufgegeben. Seit 2002 heißt die Formel, »dass die Truppen dort eingesetzt werden müssen, wo immer sie gebraucht werden«. Die Neue NATO ist ein flexibles militärisches Netzwerk aus 57 Staaten. Sie hat 28 Mitglieder, mit weiteren 29 Ländern hat sie Partnerschaftsverträge abgeschlossen. Die Armeen der NATO-Mitgliedstaaten und all dieser Bündnispartner werden auf Militärinterventionen in aller Welt ausgerichtet, trainieren ihr Personal und standardisieren ihre Waffen. Am Afghanistan-Einsatz der NATO beteiligen sich sogar noch weitere Staaten insbesondere aus Ostasien und Ozeanien. Der Bedeutungszuwachs des NATO-Militärpakts lässt sich an den Anteilen an den weltweiten Militärausgaben ablesen: Während die »alte NATO« 1985 einen Anteil von 48% aufwies, hatte die Neue NATO diesen 1995 auf 58% gesteigert. 2008 beträgt der Anteil der NATO-Staaten an den weltweiten Militärausgaben annähernd 70%! Darin sind die mit der NATO über Partnerschaftsverträge verbündeten Länder noch nicht einmal enthalten.

Bisher hat die NATO drei Kriege geführt: In Bosnien meldete sie sich in den 90er Jahren mit ersten Luftangriffen zu Wort. 1999 griff sie das damalige Jugoslawien an und löste den Kosovo erfolgreich aus dem jugoslawischen Staatsverband. Dieser völkerrechtswidrige Krieg jährt sich in diesen Tagen das zehnte Mal. Eine Geste des Bedauerns oder gar Reparationszahlungen an das heutige Serbien werden innerhalb der NATO allerdings nicht diskutiert.

Der Afghanistan-Krieg als zentrale Front

Seit 2001 stehen NATO-Truppen in Afghanistan. Heute ist der Krieg am Hindukusch

die zentrale Front der NATO. Jedes Jahr werden mehr westliche Soldaten in den Krieg geschickt. 2002 waren es noch 12.000, Ende 2008 waren es über 70.000ⁱⁱ! Für 2009 sind weitere Aufstockungen bereits vorgenommen oder angekündigt: Die US-Regierung will weitere 30.000 schicken. Deutschland und andere europäische Länder stocken ebenfalls auf. Im Sommer 2009 werden über 100.000 Soldaten aus NATO-Ländern am Afghanistan-Krieg beteiligt sein. So viele Soldaten hatte in den 80er Jahren die Sowjetunion im Einsatz. Bekanntlich verlor sie den Krieg und zog nach 10 Jahren ab. Über 1.000 westliche Soldaten sind schon gefallen. Die Nachschublinien der NATO in Pakistan geraten immer mehr unter Druck. Die NATO ist in einem militärischen Schlamassel. Inzwischen gesteht der US-Präsident unumwunden zu, dass der Krieg nicht zu gewinnen ist.

Gleichzeitig ist der Afghanistan-Krieg der Kitt, der NATO und Russland wieder zusammenschweißt. Der von der neuen US-Regierung ins Gespräch gebrachte „Reset-Knopf“ muss gedrückt werden, damit die NATO ihre Truppen in Afghanistan überhaupt noch weiter mit Nachschub versorgen kann. Deutschland und Russland hatten bereits 2003 ein Transitabkommen über deutsche Militärtransporte durch Russland abgeschlossen. Das Hamburger Abendblatt titelte damals »Bundeswehr rollt durch Russland« und beschrieb den Vorgang so: »Ein derartiges Abkommen hat Russland noch nie zuvor mit einem NATO-Staat unterzeichnet... Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, das Abkommen sei ein Beispiel für die praktische Zusammenarbeit mit der NATO... Die deutsche Armee kann künftig also Truppen, Waffen und Gerät quer durch Russland nach Afghanistan bringen.«ⁱⁱⁱ Seit November 2008 darf die Bundeswehr ihren Nachschub sogar mit der Eisenbahn über russisches Gebiet transportieren. Auch mit Frankreich und Spanien wurden entsprechende Abkommen unterzeichnet.^{iv} Am 4.3.2009 meldete die Neue Zürcher Zeitung: „Russland hat einen Güterzug mit Nachschub für die amerikanischen Truppen in Afghanistan die Durchreise erlaubt. Der Zug sei aus Lettland gekommen und habe Russland in Richtung Afghanistan durchquert... Bei der Fracht handele es sich um nichtmilitärische Güter wie Baumaterial.“

Der russische Vertreter bei der NATO, Rogosin, ließ sich im Januar 2009 so vernehmen: „Entweder trage die Allianz den Sieg davon, was gegenwärtig kaum wahrscheinlich sei, oder die Nato werde noch auf absehbare Zeit in Afghanistan bleiben und die Kämpfer der Taliban, von Al Qaida und anderen Terrorgruppen auf sich ziehen... Am wahrscheinlichsten sei jedoch, dass sich die Nato bald aus Afghanistan zurückziehe – und dann werde es für Russland gefährlich. Ein Rückzug der Nato würde von allen Extremisten, die sich in und um Afghanistan tummeln, als Einladung aufgefasst, den Kampf über die Grenzen Afghanistans hinaus nach Norden zu tragen... Um sich schließlich gegen Russland zu wenden... Das sei der Grund, weshalb Russland ein ‚objektives Interesse‘ am Erfolg des Westens in Afghanistan habe...“^v

Der Ost-West-Konflikt und die alte NATO sind tot – auch wenn das Viele ob der Ereignisse in Südossetien 2008 noch nicht glauben wollen. Aber seit Anfang 2009 werden diejenigen, die Russland in die NATO einbeziehen wollen, wieder kecker und melden sich zu Wort. Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, forderte: „Wichtig ist aus meiner Sicht nur, dass die Nato nach Moskau signalisiert, dass wir eine Fortsetzung der unerfreulichen Auseinandersetzung der vergangenen Jahre nicht wünschen, so dass es an Russland liegt, auf ein Angebot des Westens zu reagieren. Das muss ein solides,

und das kann auch ein historisch weitreichendes Angebot sein.“ (SZ 4.2.09, S.10)
Auch Joschka Fischer empfiehlt inzwischen die Aufnahme Russlands in die NATO.
Der britische Politikanalyst Anatol Lieven, der in den vergangenen Jahren für
verschiedene US-Thinktanks tätig war, rät der US-Regierung als ersten Schritt
gegenüber Russland, „die angebotene Nato-Mitgliedschaft für Georgien und die
Ukraine erst mal auf Eis zu legen.“^{vi}

Auf der anderen Seite geht gerade den Ländern, die die NATO wieder in einen Ost-
West-Konflikt mit Russland verwickeln wollen, das Geld für ihre Militäretats aus. Die
FTD titelte am 5.2.09

: „*Polen beendet wegen Finanznot Militäreinsätze*“. Die finanzielle Dimension
antirussischer Aufrüstung wäre gewaltig. N. Busse von der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung schätzt, dass eine dem Kalten Krieg vergleichbare „*Infrastruktur an den
heutigen östlichen Außengrenzen der Nato aufzubauen... Hunderte von Milliarden
Euro kosten*“^{vii} dürfte. Dafür fehlt bei den reichen NATO-Staaten der politische Wille.

Logisch also, dass wegen des Südossetien-Krieges ausgesetzte NATO-Russland-
Rat seine Arbeit wieder aufnimmt.

Vorbereitungen für eine neue NATO-Strategie

Auf ihrem 60.Geburtstag wird die NATO noch kein neues strategisches Konzept
verabschieden, sondern es erst in Auftrag geben. Allerdings zeichnen sich die
Umriss der neuen NATO-Strategie ab, auch wenn noch nicht in allen Punkten
Konsens herrscht. Den Rahmen abgesteckt haben im Januar 2008 fünf pensionierte
NATO-Generäle mit einer „Grand Strategy für die NATO“^{viii}. Den neuesten
Diskussionsstand, der sich nicht radikal von der Generäle-Grand-Strategy
unterscheidet, haben vier US-amerikanische Thinktanks im Februar 2009 in einem
Papier bzw. einer Datei zusammengefasst (Titel: „Alliance Reborn: An Atlantic
Compact for the 21st Century“^{ix}). Die jeweiligen Autoren haben sich jeweils mit vielen
Experten aus der weiten NATO-Welt unterhalten. Beide Strategiepapiere haben den
Vorteil, offiziell inoffiziell zu sein. So kann am besten ausgelotet werden, was in der
NATO durchsetzbar ist. Auch deutsche Vertreter und Institutionen waren an der
Ausarbeitung der Papiere beteiligt. Bei den Generälen war der frühere Vorsitzende
des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, aktiv. Die Abschlusskonferenz für
die „wiedergeborene Allianz“ wurde mit der deutschen Botschaft in den USA mit
ausgerichtet.

Im Allgemeinen soll die Rivalität zwischen EU und NATO aufhören. In diesem
Zusammenhang ist die Rückkehr Frankreich in die Militärorganisation der NATO
wichtig, denn Paris war bei der Profilierung der EU als Konkurrenz-Militärmacht zur
NATO stets treibende Kraft. In Zukunft könnte es klare geografische Arbeitsteilungen
geben („areas of emphasis“); z.B. könnte der EU die Ordnungspolitik auf dem Balkan
und sogar Afrika überlassen werden^x.

Mehr militärische Fähigkeiten

Einigkeit besteht bei den NATO-Strategen darin, dass die Allianz mehr militärische
Fähigkeiten benötigt, für Heim- und Auswärtsmissionen, wie es neuerdings in
Anlehnung an Sportveranstaltungen heißt (die verharmlosende Sprache im Original

lautet: „home and away missions“^{xi}). Insbesondere schnell verlegbare Interventionsstreitkräfte sind gefragt. In diesem Zusammenhang wurde zwar bereits 2002 auf Initiative des damaligen Pentagon-Chefs, Rumsfeld, eine NATO Response Force (NRF) gegründet, aber diese nahm wegen die Afghanistan-Krieges nie richtig Fahrt auf. Statt der angestrebten 25.000 Soldaten, behaupteten die NATO-Verteidigungsminister im Februar 2009, seien immerhin 16.000 dislozierbar. Die NRF soll für „effektivere Auswärtsspiele“, also -Militärinterventionen Out-of-area (= außerhalb des ursprünglichen NATO-Gebiets), aber auch für „Heimspiele“ nämlich in Form von Abschreckung und Verteidigung eingesetzt werden. Die britische Regierung präsentierte ebenfalls im Februar 2009 eine Idee, die die NRF als schnelle Eingreiftruppe out of area weiter schwächen dürfte: Es soll eine 3.000 Soldaten starke „Ständigen Solidaritätstruppe“ gebildet werden, die sich aus dem NRF-Pool speisen soll. Aufgabe dieser Truppe wäre, sich aus russophoben Gründen bedroht fühlenden osteuropäischen Ländern in Sachen Landesverteidigung zur Hilfe zu eilen. So ganz kann und will London offenbar vom *good old* Ost-West-Konflikt nicht lassen. Aber die Einstellung auf die Neue NATO ist nicht nur in diesem NATO-Kernland noch nicht gelungen, auch Militärminister anderer NATO-Staaten sollen die Idee mit Enthusiasmus aufgenommen haben. Möglicherweise wird die Aufstellung der Truppe noch 2009 beschlossen.

Neben der NRF soll nach Vorstellungen der US-Thinktanks eine NATO Stabilization and Construction Force (SRF)^{xii} formiert werden. Aufgabe wäre „Konfliktnachsorge“, also Besatzungsaufgaben, wie sie auf dem Balkan, aber auch teilweise in Afghanistan ausgeübt werden. Wie groß die Truppe werden soll, müsste natürlich die NATO noch entscheiden, vielleicht geschieht genau das bereits im April 2009. Einen numerischen Anhaltspunkt gibt jedoch die Struktur der Bundeswehr: Diese hält insgesamt 105.000 Soldaten für Auslandseinsätze bereit, davon 35.000 als „Eingreifkräfte“ und 70.000 als „Stabilisierungskräfte“^{xiii}. Insofern könnte die SRF doppelt so groß wie die NRF ausgelegt werden, also 50.000 Soldaten.

NATO-„Finanzreform“

Auch bei der Finanzierung der Militäroperationen wird „Handlungsbedarf“ gesehen. Die US-Thinktanks konstatieren: „Die finanzielle Krise macht es für die NATO zwingend erforderlich, einen neuen Ansatz zu entwickeln, um Operationen und gemeinsame Ausrüstung zu finanzieren.“^{xiv} Bisher müssen die kriegsführenden Staaten ihre Kosten selbst tragen. Wer viele Truppen schicke, argumentieren die Generäle, werde sogar doppelt zur Kasse gebeten, weil er neben der finanziellen Bürde auch noch das Risiko gefallener Soldaten habe. Demgegenüber würden »jene, die nur reden, doppelt belohnt« (Generäle-Papier, S. 129). Das geht natürlich nicht an: »Notwendig ist eine gemeinsame Formel für die Kostenteilung, zu der alle Verbündeten ihren Beitrag leisten. Wir empfehlen deswegen die Einrichtung eines gemeinsam finanzierten NATO-Operations-Budgets.« (Generäle-Papier, S. 129) Zu diesem müssten logischerweise auch Kriegsdienstverweigerer-Staaten ihren Beitrag leisten, so dass sie zumindest einen NATO-Krieg mitfinanzieren müssten.

Demokratieabbau

Schon vor 2500 Jahren wusste der chinesische General Sunzi: »Siegen wird der, der militärisch fähig ist und nicht mit der Einmischung seines Herrschers rechnen muss.«^{xv} Da verwundert es nicht, dass effektive Kriegsführung heute nach Meinung

der Generäle veränderte politische Regeln erfordert. Denn die gegenwärtigen sind für die gewünschte „flexible proaktive Eskalationsstrategie“ hinderlich. In Afghanistan reißen z.B. die Klagen über die verschiedenen nationalen Vorbehalte für die entsandten Truppenverbände nicht ab.

Eine zentralistische Organisation, in der oben die Befehle gegeben und diese unten ausgeführt werden, ist natürlich das Ideal jedes Militärs. Wie kann die NATO dem Ideal zumindest angenähert werden? Wie kann der Entscheidungsprozess »restrukturiert« werden (Generäle-Papier, S. 126)?

Der Vorschlag ist, dass auf NATO-Ratsebene eine politische Entscheidung gefällt wird. Neben den politischen Zielen und dem Konzept für die Operationen sollen die NATO-Mitglieder sich gleichzeitig auf zugehörige Einsatzregeln (»rules of engagement«) verständigen (Generäle-Papier, S. 128). Danach hätten die Militärs freie Hand, sie müssten nicht mehr auf untergeordneten Ebenen erneut um einen Konsens ringen bzw. nationale Einschränkungen beachten

Aber die Generäle haben noch eine weitere Idee zum Demokratieabbau: Da eine NATO-Ratsentscheidung prinzipiell keine bindende Verpflichtung für die Mitgliedsstaaten enthält, Truppen zu stellen und sich militärisch zu beteiligen, wollen die Generäle die nicht-truppenstellenden Länder aus dem weiteren Entscheidungsprozess für die Operationen heraushalten. Die Einsatzregeln würden also nur von denen festgelegt, die militärisch beteiligt wären. Die kriegswillige Mehrheit könnte so die NATO-Strukturen und -Ressourcen nutzen und würde durch einzelne Kriegsdienstverweigerer unter den Mitgliedern nicht weiter beeinträchtigt. Letztere würden also nur noch an dem allgemeinen politischen Beschluss teilnehmen. Würde eine beabsichtigte Militärintervention nicht an dieser Stelle blockiert, rollte der Zug.

Die flexible proaktive Eskalationsstrategie

»Eines der wichtigsten Probleme des aktuellen strategischen Konzeptes bleibt, dass die NATO-Aktionen im Wesentlichen eher reaktiv als präventiv sind«. (Generäle-Papier, S. 77) Das wichtigste Prinzip der vorgeschlagenen NATO-Strategie ist, jederzeit die Initiative zu behalten: »Also muss jede Strategie den anfänglichen Nachteil überwinden, zur Reaktion gezwungen zu werden, indem man danach trachtet, schnell die Initiative zurück zu gewinnen – und zu behalten. Denn wer die Initiative hat, legt den Ablauf fest; und wer den Ablauf festlegt, kann den Konflikt zu seinen eigenen Bedingungen beenden.« (Generäle-Papier, S. 94)

Im Kalten Krieg hieß die NATO-Doktrin noch »flexible response«, also flexible Antwort. Die stärkere offensive Ausrichtung der NATO heute und in Zukunft führt demgegenüber gewissermaßen zu einer »flexiblen proaktiven Aktion«. Es ist das US-Konzept des Präventivkrieges, auf das sich die NATO verpflichten soll. Prävention und Präemption seien jedoch unverzichtbare Elemente einer modernen Strategie. »Präemption ist die reaktive Antwort, wenn die Aktion eines Feindes als unmittelbar bevorstehend eingeschätzt wird, während Prävention der proaktive Schritt ist.« Die Frage der Legalität *präventiver* Anwendung von Gewalt, die selbstverständlich nach wie vor völkerrechtswidrig, somit illegal ist, sehen die Generäle als »bisher unbeantwortet« an. Statt auf den Internationalen Gerichtshof zu vertrauen, setzen sie allerdings auf die Wirkung von Medienkampagnen. Es ginge

darum, die »Informationsdominanz« sicherzustellen. Jede Grand Strategy müsse eine Medienstrategie beinhalten (Generäle-Papier, S. 99f.).

Weiter atomarer Ersteinsatz?

Weiterhin können sich die Generäle »Fälle« vorstellen, »wo die Anwendung von Nuklearwaffen in Betracht gezogen werden muss. Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Eskalationsköcher als äußerstes Instrument verbleiben«. Warum? Um die *Anderen* wiederum vom Einsatz ihrer Massenvernichtungswaffen abzuhalten. Von Letzteren gehen nach Auffassung der Generäle »wirklich existentielle Gefahren« (Generäle-Papier, S. 95) aus, während offenbar der Einsatz der eigenen Atomwaffen solche Gefahren nicht mit sich bringt. »Unterm Strich werden Nuklearwaffen als Element jeder modernen Strategie unverzichtbar bleiben.« (Generäle-Papier, S. 98)

Mit diesem klaren Bekenntnis zum Ersteinsatz von Atomwaffen haben sich die Generäle allerdings in der Diskussion nicht behaupten können. Die US-Thinktanks wollen zwar die Atomwaffen auch nicht abrüsten, aber sie überlegen tatsächlich, die US-Atomwaffen aus Europa abzuziehen. Dazu müsse jedoch die Initiative aus Europa kommen. Sie geben zu bedenken, dass ein solcher Abzug final wäre, da eine erneute Stationierung politisch nahezu unmöglich durchsetzbar wäre^{xvi}. Damit liegt der Ball im europäischen Strafraum. Die historische Chance Deutschland atomwaffenfrei zu machen ist da. Bedauerlicherweise hat sich Bundeskanzlerin Merkel Anfang Februar gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Sarkozy gegen derlei Pläne positioniert und will eisern an Atomwaffen festhalten: „Wir bleiben davon überzeugt, dass wir im Rahmen einer verantwortungsbewussten Sicherheitspolitik, bei der die Risiken der Zukunft sorgfältig abgewogen werden, auf absehbare Zeit am Grundsatz der nuklearen Abschreckung festhalten müssen. Dabei bedarf es allerdings nicht mehr der heutigen riesigen Arsenale an Nuklearwaffen, sondern nur des absolut Notwendigen, dessen grundlegender Zweck rein defensiv und die Verhinderung von Krieg ist.“^{xvii} Es ist also die deutsche Regierung, die den Abzug der noch verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland blockiert.

Wie müsste sich Deutschland in der NATO stattdessen verhalten? Statt den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa zu behindern, sollte eine Initiative gegen den Ersteinsatz von Atomwaffen ergriffen werden. Deutschland kann verhindern, dass sich die NATO die Präventivkriegsdoktrin zu Eigen macht. Auch gegen die Pläne für die NRF und weitere NATO-eigene Truppen kann Stellung bezogen werden, indem keine Bundeswehr-Kontingente für diese Projekte mehr assigniert werden. Nicht zuletzt muss sich Deutschland für den Abzug der NATO-Truppen (und natürlich auch der OEF-Truppen) aus Afghanistan stark machen. Mit dem Abzug der Bundeswehr sollte Deutschland vorangehen und so ein Signal an die anderen Kriegsteilnehmer geben, diesem Beispiel zu folgen.

Uli Cremer veröffentlichte im Februar 2009 beim VSA-Verlag das Buch „Neue NATO: die ersten Kriege“. Sein erstes NATO-Buch erschien 1998 und hieß: „Neue NATO – neue Kriege? – damals noch mit Fragezeichen.“

- i Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, S. vi,
http://www.csis.org/media/isis/pubs/090130_nato_draft_final.pdf
- ii Vergl. Cremer, Uli: Neue NATO: die ersten Kriege, S.98
- iii Hamburger Abendblatt 10.10.2003
- iv »Deutsche Militärausrüstung auf russischen Schienen«, In: FAZ vom 22.11.2008
- v FAZ 28.1.2009
- vi Lieven, Anatol: Die USA brauchen Russland, Februar-Ausgabe der Le Monde diplomatique, S.9
- vii Busse, Nikolas: Krieg gegen Russland, FAZ vom 3.11.2008
- viii Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, 2007,
http://www.csis.org/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf
- ix Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century,
http://www.csis.org/media/isis/pubs/090130_nato_draft_final.pdf
- x Ebenda, S. xi
- xi Ebenda, S.21ff
- xii Ebenda, S.47f
- xiii Weißbuch 2006, Hrg. Bundesministerium der Verteidigung, S.111
- xiv Alliance Reborn, a.a.O., S.46
- xv Sunzi: Die Kunst des Krieges, München 1988, S. 39
- xvi Alliance Reborn, a.a.O., S.49
- xvii Merkel&Sarkozy: Wir Europäer müssen mit einer Stimme sprechen, in: SZ 4.2.09, S.9